

**Satzung
der Stadt Norderstedt
über den Anschluss an die öffentliche Wasserversorgung und deren Benutzung**

Aufgrund der §§ 4,17 und 18 der Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. Juli 1996 (GVBl. Schl.-H. S. 529) zuletzt geändert durch Gesetz vom 25. Juni 2002 (GVBl. Schl.-H. S. 126) hat die Stadtvertretung der Stadt Norderstedt in ihrer Sitzung am 11.02.2003 folgende Satzung beschlossen:

**§ 1
Allgemeines**

Die Stadt Norderstedt versorgt die Grundstücke ihres Gebietes mit Trink- und Betriebswasser durch die Stadtwerke Norderstedt.

**§ 2
Grundstücksbegriff – Grundstückseigentümer**

- (1) Grundstück im Sinne dieser Satzung ist unabhängig von der Eintragung im Liegenschaftskataster und im Grundbuch und ohne Rücksicht auf die Grundstücksbezeichnung jeder zusammenhängende Grundbesitz, der eine selbständige wirtschaftliche Einheit bildet.
- (2) Die in dieser Satzung für Grundstückseigentümer erlassenen Vorschriften gelten auch für Erbbauberechtigte oder ähnlich zur Nutzung eines Grundstücks dinglich Berechtigte. Von mehreren dinglich Berechtigten ist jeder berechtigt und verpflichtet; sie haften als Gesamtschuldner.

**§ 3
Anschluss- und Benutzungsrecht**

- (1) Jeder Eigentümer eines im Gebiet der Stadt Norderstedt liegenden Grundstücks ist berechtigt, den Anschluss seines Grundstücks an die Wasserversorgungsanlage und die Belieferung mit Trink- und Betriebswasser nach Maßgabe der Satzung zu verlangen.
- (2) Das Anschluss- und Benutzungsrecht erstreckt sich nur auf solche Grundstücke, die durch eine Versorgungsleitung erschlossen werden. Die Grundstückseigentümer können nicht verlangen, dass eine neue Versorgungsleitung hergestellt oder eine bestehende Versorgungsleitung geändert wird.
- (3) Der Anschluss eines Grundstücks an eine bestehende Versorgungsleitung kann versagt werden, wenn die Wasserversorgung wegen der Lage des Grundstücks oder aus sonstigen technischen oder betrieblichen Gründen erhebliche Schwierigkeiten bereitet oder besondere Maßnahmen erfordert.

- (4) Das Anschluss- und Benutzungsrecht besteht auch in den Fällen der Absätze 2 und 3, sofern der Grundstückseigentümer sich verpflichtet, die mit dem Bau und Betrieb der Leitung zusammenhängenden Mehrkosten zu übernehmen und auf Verlangen Sicherheit zu leisten.

§ 4 Anschlusszwang

Die Eigentümer von Grundstücken, auf denen Wasser verbraucht wird, sind verpflichtet, diese Grundstücke an die öffentliche Wasserversorgungsanlage anzuschließen, wenn sie an eine öffentliche Straße (Weg, Platz) mit einer betriebsfertigen Versorgungsleitung grenzen oder ihren unmittelbaren Zugang zu einer solchen Straße durch einen Privatweg haben. Befinden sich auf einem Grundstück mehrere Gebäude zum dauernden Aufenthalt von Menschen, so ist jedes Gebäude anzuschließen.

§ 5 Befreiung vom Anschlusszwang

Von der Verpflichtung zum Anschluss wird der Grundstückseigentümer auf Antrag befreit, wenn der Anschluss ihm aus besonderen Gründen auch unter Berücksichtigung der Erfordernisse des Gemeinwohls nicht zugemutet werden kann. Der Antrag auf Befreiung ist unter Angabe der Gründe schriftlich bei der Stadt Norderstedt/ Stadtwerke Norderstedt einzureichen.

§ 6 Benutzungszwang

Auf Grundstücken, die an die öffentliche Wasserversorgungsanlage angeschlossen sind, ist der gesamte Wasserbedarf im Rahmen des Benutzungsrechts (§ 3) ausschließlich aus dieser Anlage zu decken (Benutzungszwang). Verpflichtet sind die Grundstückseigentümer und alle Benutzer der Grundstücke.

§ 7 Befreiung vom Benutzungszwang

- (1) Von der Verpflichtung zur Benutzung wird der Grundstückseigentümer auf Antrag befreit, wenn die Benutzung ihm aus besonderen Gründen auch unter Berücksichtigung der Erfordernisse des Gemeinwohls nicht zugemutet werden kann.
- (2) Die Stadt Norderstedt/ Stadtwerke räumt dem Grundstückseigentümer darüber hinaus im Rahmen des ihr wirtschaftlich Zumutbaren auf Antrag die Möglichkeit ein, den Bezug auf einen von ihm gewünschten Verbrauchszweck oder auf einen Teilbedarf zu beschränken.
- (3) Der Antrag auf Befreiung oder Teilbefreiung ist unter Angabe der Gründe schriftlich bei der Stadt Norderstedt/ Stadtwerke einzureichen.

- (4) Der Grundstückseigentümer hat der Stadt Norderstedt/ Stadtwerke vor Errichtung einer Eigengewinnungsanlage Mitteilung zu machen. Er hat durch geeignete Maßnahmen sicherzustellen, dass von seiner Eigenanlage keine Rückwirkungen in das öffentliche Wasserversorgungsnetz möglich sind.

§ 8 Ordnungswidrigkeiten, Zwangsmittel

Ordnungswidrig im Sinne von § 134 der Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig einem Gebot oder Verbot dieser Satzung (§§ 4, 6, 7 Abs.4) oder einer aufgrund dieser Satzung ergangenen vollziehbaren Anordnung zuwiderhandelt. Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße geahndet werden

§ 9 AVBWasserV

Der Anschluss an das Versorgungsnetz und die Versorgung mit Wasser bestimmen sich im übrigen nach der Verordnung über Allgemeine Bedingungen für die Versorgung mit Wasser (AVBWasserV) vom 20. Juni 1980 (BGBl. L S. 684) und den „Ergänzenden Bestimmungen der Stadtwerke Norderstedt zur AVBWasserV“ in der jeweils gültigen Fassung.

§ 10 Inkrafttreten

1. Diese Satzung tritt mit dem heutigen Tage der Veröffentlichung in Kraft.
2. Mit Inkrafttreten dieser Satzung über den Anschluss an die öffentliche Wasserversorgung und deren Benutzung tritt die Satzung über den Anschluss an die öffentliche Wasserversorgungsanlage und die Versorgung der Grundstücke mit Wasser (Wassersatzung) in der Stadt Norderstedt in der Fassung vom 22. Juni 1982, in der Fassung der 1. Nachtragsatzung vom 06.Mai 1987 insgesamt außer Kraft.

Die vorstehende Satzung wird hiermit ausgefertigt und ist bekannt zu machen.

Norderstedt, den 13.03.2003

Stadt Norderstedt
Der Bürgermeister

Aufhebungssatzung zur Beitrags- und Gebührensatzung zur Satzung über den Anschluss an die öffentliche Wasserversorgungsanlage und die Versorgung der Grundstücke mit Wasser (Wasserversorgungssatzung) in der Stadt Norderstedt.

Aufgrund der §§ 4, 17 und 18 der Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.07.1996 (GVOBL.Schl.-Holst. S. 529) zuletzt geändert durch Gesetz vom 25.06.2002 (GVOBL. S. 126) und der §§ 1,2,6 und 8 des Kommunalabgabengesetzes des Landes S.-H. (KAG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 22.07.1996 (GVOBL. S. 564) in der zur Zeit gültigen Fassung sowie des § 26 der Satzung über den Anschluss an die öffentliche Wasserversorgungsanlage der Stadt Norderstedt in der zur Zeit geltenden Fassung wird nach Beschlussfassung durch die Stadtvertretung vom 11.02.2003 folgende Satzung beschlossen:

§ 1

Die Beitrags- und Gebührensatzung vom 22.6.1982 in der Fassung der 1. Nachtragssatzung vom 06.05.1987, 2. Nachtragssatzung vom 12.9.1989, 3. Nachtragssatzung vom 02.03.1993, 4. Nachtragssatzung vom 9.02.1994, 5. Nachtragssatzung vom 28.05.1996 und der 6. Nachtragssatzung vom 22.1.2001, zur Satzung über den Anschluss an die öffentliche Wasserversorgungsanlage und die Versorgung der Grundstücke mit Wasser (Wasserversorgungssatzung) in der Stadt Norderstedt vom 5.05.1987, tritt zum 28.02.2003 außer Kraft.

§ 2

Diese Satzung tritt mit dem heutigen Tage der Veröffentlichung in Kraft.

Die vorstehende Satzung wird hiermit ausgefertigt und ist bekannt zu machen.

Norderstedt, den 13.03.2003

Stadt Norderstedt
Der Bürgermeister